

Es gilt das gesprochene Wort!

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats,
sehr geehrte Damen und Herren,**

wir beraten heute den Haushalt 2026 in einer Zeit, die für viele Kommunen eine der finanziell herausforderndsten seit Jahrzehnten darstellt. Auch in Sachsenheim spüren wir diese Entwicklung deutlich – und doch stehen wir im Vergleich zu vielen Städten und Gemeinden noch verhältnismäßig solide da. Das ist Ergebnis verlässlicher Finanzpolitik und einer starken wirtschaftlichen Entwicklung vergangener Jahre.

Rückblick 2025:

2025 zeigte sich für uns ein vielschichtiges Bild: Einerseits wurden zahlreiche Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Energie angestoßen, andererseits häuften sich Hinweise auf Kostensteigerungen, verpasste Fristen, verlorene Fördermittel und eine teils unzureichende Priorisierung von Projekten. Besonders auffällig sind die Entwicklungen rund um die Sanierung und Erweiterung der Kirbachschule, oder die Probleme bei der Sicherung von Fördergeldern für Flüchtlingsunterkünfte.

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass wir nicht nur Projekte anstoßen, sondern diese auch effizient, termingerecht und im Rahmen des Budgets umsetzen. Sie erwarten, dass wir unnötige Ausgaben vermeiden, Fristen einhalten und Fördermittel sichern. Sie erwarten, dass wir Fehlentwicklungen offen ansprechen und gemeinsam Lösungen erarbeiten.

Das wohl gravierendste Beispiel für aus dem Ruder laufende Ausgaben ist die Sanierung und Erweiterung der Kirbachschule und der Sanierung der Kirbachtalhalle in Hohenhaslach. Ursprünglich mit rund 20 Millionen Euro veranschlagt, liegt die aktuelle Kostenschätzung für das Gesamtprojekt inzwischen bei knapp 45 Millionen Euro. Die Gründe für diese massive Steigerung sind vielfältig: Neben allgemeinen Baukostensteigerungen und Maßnahmen zum Artenschutz haben insbesondere mangelhafte Vorplanungen, unzureichende Risikovorsorge und Verzögerungen im Projektverlauf zu dieser Entwicklung beigetragen. Punkte wie z.B.

Schadstoffbelastung und Interimsunterbringung der Schülerinnen und Schüler wurden offenbar nicht ausreichend berücksichtigt.

Ebenso wenig wie die Bedürfnisse der Vereine, denn im Zusammenhang mit der Sanierung der Kirbachtalhalle, ist der Abriss des Vorbaus inklusive Vereinszimmer und Küche geplant.

Ein weiteres Beispiel für vermeidbare finanzielle Einbußen ist der Verlust von rund 400.000 Euro an Fördermitteln für Flüchtlingsunterkünfte in der Steingrube. Die Bauarbeiten starteten mit Verspätung, und die Verwaltung versäumte es, rechtzeitig eine Verlängerung des Zuwendungsbescheids zu beantragen.

Verpasste Fristen sind kein Kavaliersdelikt, sondern ein ernsthaftes Problem, das den Haushalt nachhaltig belastet und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Verwaltung untergräbt. Auch aus diesem Grunde wurde, durch Beschluss des Gemeinderats, eine Professionalisierung des Projekt- und Kostenmanagements für eine bessere Abstimmung zwischen den beteiligten Akteuren bei der Sanierung des Gesamtprojekts im Kirbachtal umgesetzt. Wir müssen sicherstellen, dass jeder Euro aus Fördermitteln der uns zusteht, auch tatsächlich in Sachsenheim ankommt und genutzt wird.

Prognosen 2026 mit Ursachen die wir nur bedingt beeinflussen können:

Die Ausgangslage in Sachsenheim ist aktuell solide, denn die Stadt verfügt noch über ausreichende liquide Mittel und ist bislang nicht gezwungen, Kredite aufzunehmen – ein Vorteil gegenüber vielen anderen Kommunen. Doch diese positive Bilanz ist nur eine Momentaufnahme, denn bereits jetzt zeichnen sich ernsthafte Herausforderungen am Horizont ab.

Die Eckpunkte sehen wie folgt aus: Die Gewerbesteuerereinnahmen gehen spürbar zurück und bewegen sich wieder auf dem Stand von 2017/18. Gleichzeitig wachsen die Pflichtaufgaben stetig: Die Sanierung und Erweiterung der Schulen, der Ausbau neuer KiTa-Plätze sowie die Umsetzung der Ganztagesbetreuung erfordern erhebliche Investitionen. Zusätzlich müssen wir in den neuen Feuerwehrstandort im Kirbachtal investieren, wobei auch der Standort in Großsachsenheim längst aus allen Nähten platzt und auf Dauer so nicht weiter betrieben werden kann.

Der Ergebnishaushalt 2026, wird mit einem negativen ordentlichen Ergebnis von über 12 Millionen Euro abschließen – eine Größenordnung, die uns alle wachrütteln sollte. Zu Beginn des Jahres 2026 stehen noch liquide Mittel in Höhe von 27,7 Mio. € zur Verfügung, doch schon zum Jahresende wird ein drastischer Rückgang auf nur noch 10,3 Mio. € prognostiziert. Das bedeutet einen Verlust von 17,4 Millionen Euro innerhalb eines Jahres.

Zwar wird die gesetzliche Mindestliquidität von 1,35 Mio. € im Jahr 2026 noch eingehalten, doch ab 2027 gerät der Haushalt zunehmend unter Druck. Für die Jahre 2027 bis 2029 sind keine Zahlungsmittelüberschüsse mehr zu erwarten; stattdessen drohen dauerhaft negative ordentliche Ergebnisse. Ab diesem Jahr wirkt sich auch das falsche Ergebnis des Zensus 2022 negativ auf unseren Haushalt aus. Der gesamte Prozess sowie der Umgang mit falschen Ergebnissen ist, gelinde gesagt, ein Skandal! Hinzu kommt, dass die Umlagen – insbesondere die Kreisumlage mit 12,943 Mio. € und die FAG-Umlage mit 8,692 Mio. € – die finanziellen Spielräume weiter einschränken. Diese Abgaben entziehen uns Mittel, die dringend für die Erfüllung unserer Kernaufgaben benötigt werden.

Es muss viel stärker das Motto gelten, „Wer bestellt, der soll auch zahlen!“ Hier braucht es ein Umdenken beim Bund und auf Landesebene. Finanzierung der Kommunen muss eine der Kernaufgaben der neuen Landesregierung werden.

Wir müssen sparen – aber nicht auf Kosten der Schwächeren

Für die S.F.S. steht außer Frage: Einsparungen sind unvermeidlich. Doch wir dürfen sie nicht auf dem Rücken jener austragen, die durch die Preissteigerungen der letzten Jahre ohnehin schon besonders betroffen sind.

Unser Standpunkt ist eindeutig: Familien, Alleinerziehende und Bürgerinnen und Bürger mit geringem Einkommen benötigen Unterstützung und dürfen nicht zusätzlich belastet werden.

Die Verantwortung sehen wir klar bei Land und Bund, die Kommunen ausreichend zu finanzieren. Solange das nicht geschieht, müssen wir in Sachsenheim umsichtig Prioritäten setzen – soziale Gerechtigkeit darf dabei nicht auf der Strecke bleiben. Es ist gut, dass ein breites Bündnis uns

Gewerkschaften und dem Bündnis „Kommunen am Limit“ am 28.02.26 in Stuttgart auf diese Problemlage aufmerksam macht.

Der Präsident des Gemeindetags, Steffen Jäger, hat es treffend formuliert: Die Aufgaben wachsen, aber die kommunalen Ressourcen halten nicht Schritt.

Deshalb heißt es für uns:

- den Fokus auf die Pflichtaufgaben richten,
- offen und ehrlich Prioritäten setzen,
- den Mut haben, Projekte auch einmal zu verschieben oder neu zu bewerten,
- und als Gemeinderat gemeinsam parteiübergreifend Verantwortung übernehmen – immer im Sinne unseres Stadtwohls.

Dabei ist es besonders wichtig die Bürgerinnen und Bürger von Sachsenheim transparent und rechtzeitig einzubinden.

Zum Schluss möchte ich eines unterstreichen:

Sachsenheim ist eine starke, engagierte Stadt. Unsere Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Initiativen bereichern unser Zusammenleben, und die Verwaltung arbeitet mit großem Engagement.

Die kommenden Jahre werden uns fordern, gleichzeitig bieten sie die Chance, Schwerpunkte zu setzen, für mehr Transparenz zu sorgen und eine nachhaltige Finanzpolitik zu gestalten, die auch künftige Generationen im Blick hat.

Die S.F.S. wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass Sachsenheim lebenswert, sozial gerecht und zukunftsfähig bleibt.

Mein Dank gilt allen Mitarbeitenden der Verwaltung und der Kämmerei für die Ausarbeitung des Haushaltsplans sowie den Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat für die konstruktive Zusammenarbeit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.